

## Titelseite

### Viele Rentner gehen zur Tafel

Osnabrück. (AFP) Die Lebensmittel-Tafeln in Deutschland verzeichnen einen massiven Anstieg der Besuche von bedürftigen Rentnern. Ihre Zahl unter den Tafelkunden sei binnen eines Jahres um 20 Prozent auf 430 000 gestiegen, sagte der Vorsitzende des Bundesverbands, Jochen Brühl. Die Gesamtzahl der Besucher sei um zehn Prozent gegenüber 2018 gestiegen. Linken-Chef Bernd Riexinger sprach von einem „Warnsignal“ und forderte eine Wende in der Lohn- und Rentenpolitik.

Die 940 Tafeln in Deutschland zählten in diesem Jahr nach Brühls Angaben rund 1,65 Millionen Kunden, die dort kostenlose Lebensmittel in Empfang nahmen.

## Politik S. 11

### Die Tafeln stoßen an ihre Grenzen

#### Verband fordert mehr Hilfen vom Staat – Nachfrage besonders unter Rentnern stark gestiegen



Mitarbeiter  
sortieren im  
Lager der  
Rostocker  
Tafel Lebens-  
mittel.

Foto: dpa

#### Von Ruppert Mayr und Jakob Gericke

Berlin/Rostock. Rund 1,65 Millionen Menschen versorgen sich bei einer der 940 Tafeln in Deutschland mit Lebensmitteln – zehn Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Besonders stark gestiegen sei die Nachfrage bei älteren Menschen. „Die Zahl der Rentner unter den Tafelkunden ist innerhalb eines Jahres um 20 Prozent auf 430.000 gestiegen“, sagte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Tafeln, Jochen Brühl. Doch auch das andere Ende des Altersspektrums sei vertreten. „Unter unseren Kunden sind auch 500.000 Kinder und Jugendliche.“

Es koste viel Energie, Armut zu verstecken, sagte Brühl. Diese Kraft hätten ältere Menschen oft nicht mehr – „und kommen dann zu uns“. Allerdings hätten viele Tafeln auch spezielle Angebote für ältere Menschen gestartet, etwa Seniorennachmittage. Dies habe möglicherweise die Hemmschwelle gesenkt und sei nebenbei ein Beitrag gegen Alterseinsamkeit.

Brühl geht nicht davon aus, dass die derzeit diskutierte Grundrente Probleme grundsätzlich lösen werde. Eine effektive Bekämpfung der Altersarmut beginne im Erwerbsleben.

Als „Warnsignal“ wertete Linken-Chef Bernd Riexinger den Anstieg. „Er ist der Beleg für eine verkorkste Renten- und Lohnpolitik der Großen Koalition.“ Er bekräftigte die Forderung seiner Partei nach einer „armutsfesten Mindestrente von 1050 Euro“. „Ziel muss es sein, das Rentensystem so aufzustellen, dass Tafeln nicht mehr nötig sind.“ Dazu gehöre die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und ein Mindestlohn von zwölf Euro.

Die SPD, die sich ebenfalls für zwölf Euro Mindestlohn einsetzt, zeigte sich besorgt über die steigende Tafel-Nachfrage. „Zu einem Alter in Würde gehört eine Rente, die zum Leben reicht“, sagte Fraktionsvize Katja Mast. „Wir müssen und werden noch viel genauer hinschauen.“ Nötig sei eine „konsequente Bekämpfung der vielfältigen Formen von Armut“.

Brühl seinerseits forderte mehr Unterstützung der Politik. „Bislang sind unsere Lager und Kühlfahrzeuge ausschließlich spendenfinanziert. Wir geraten an Kapazitätsgrenzen.“ Um noch mehr zu leisten, müsse aufgestockt werden. „Das Geld will uns aber niemand geben. Stattdessen werden wir von der Politik mit Schulterklopfen abgespeist.“

Als Beispiel verwies er auf die Lage in Mecklenburg-Vorpommern. In den vergangenen zwei Jahren hätten die Tafeln dort bis zu 40 Prozent mehr Lebensmittel-Spenden erhalten. Damit sei die Infrastruktur ausgelastet, die Lager seien zu klein. „Es könnten mehr Lebensmittel gerettet werden, wenn unser Logistik-Zentrum in Neubrandenburg mehr Kapazitäten hätte.“ Die Waren-Überschüsse seien riesig. Allein die Tafel in Rostock hat mit ihren 16 Ausgabestellen nach eigenen Angaben einen täglichen Umsatz von bis zu acht Tonnen Lebensmitteln, davon werden bis zu drei Tonnen aussortiert und zum Beispiel an Bauern zur Tierfütterung weitergeleitet.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern werden den Angaben zufolge die Tafeln nicht durch öffentliche Gelder des Landes unterstützt. Die größte Herausforderung sei, Ehrenamtliche zu finden. Wichtig sei der Einsatz von Bundesfreiwilligen, sogenannten Bufdis für die Tafeln. Eine Besserung der Personalknappheit könnte auch das Programm des Bundesarbeitsministeriums zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit bringen.